

# Delfer Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag.

Preis vierteljährlich 60 Pf.,  
durch die Post bezogen 75 Pf.

Inserate werden bis Donnerstag Mittag  
in der Expedition angenommen.



Preis für die 3 gespaltene Zeile 10 Pf.,  
für außerhalb des Landgerichtsbezirks Delfs  
Wohnende 15 Pf.

Bedingt die Aufnahme eines Inserats  
den Druck einer Beilage, so erhöhen sich  
die Kosten desselben um 3 Mark.

Redakteur: Hermann Kappner.  
Druck und Verlag von A. Ludwig in Delfs.

**Nr. 38.**

**Delfs, den 20. September 1907.**

**45. Jahrg.**

## Am t l i c h e r T h e i l.

### A. Bekanntmachungen des Königlichen Landraths.

**Nr. 399.** Delfs, den 19. September 1907.

Donnerstag, den 26. September 1907, von früh 8 Uhr  
ab wird in Bernstadt Hafer, Heu und Stroh angekauft und  
durch einen Beamten des Proviantamts Delfs abgenommen.  
Dies ist von den Ortsbehörden bekannt zu machen.

**Nr. 400.** Delfs, den 13. September 1907.

#### Fleischbeschaustatistik.

Die vierteljährlichen Postkartennachweise über die der  
Schlachtvieh- und Fleischbeschau, sowie über die der Trichinen-  
schau unterworfenen Tiere sind von den Beschauern fortan  
spätestens am 3. Tage des auf jedes Kalendervierteljahr  
folgenden Monats dem Königlichen Kreisthierarzt hieselbst  
einzureichen.

**Nr. 401.** Delfs, den 16. September 1907.

Nachdem die Pferdervormusterung im hiesigen Kreise  
beendet ist, veranlasse ich die Gemeindebehörden, nach dem  
Ergebnis der Musterung den Bestand an Bestimmungs-  
täfelchen (cfr. Seite 11 der Mobilmachungs-Anweisung für  
die Gemeinde-Vorsteher) zu regulieren. Die Uebersendung  
etwaiger fehlender Täfelchen ist bei mir sofort zu bean-  
tragen. Bezüglich der Trennung der schweren Zugpferde in  
Klasse I und II bemerke ich, daß die event. vorhandenen  
hellgrünen Bestimmungstäfelchen für die Klasse I weiter  
verwendet werden können.

Weiterweise ich darauf hin, daß in der letzten Musterungs-  
liste die für eine Mobilmachung ausgewählten Pferde deut-  
lich zu unterstreichen sind und die Musterungsliste stets  
auf dem Laufenden zu erhalten ist.

**Nr. 402.** Berlin C. 2, den 5. Juli 1907.  
Abänderung des § 23 des Einkommensteuergesetzes  
vom 19. Juni 1906. (Auskunftserteilung  
durch die Arbeitgeber.)

I. Durch das Gesetz vom 18. Juni d. Js. ist der § 23 des  
Einkommensteuergesetzes vom 19. Juni 1906 abgeändert  
worden. Der vollständige nunmehr geltende Text des § 23  
lautet wie folgt:

#### § 23.

Jeder Besitzer eines bewohnten Grundstücks oder  
dessen Vertreter ist verpflichtet, der mit der Auf-  
nahme des Personenstandes betrauten Behörde die  
auf dem Grundstücke vorhandenen Personen mit

Namen, Berufs- oder Erwerbsart, Geburtsort, Ge-  
burtstag und Religionsbekenntnis, für Arbeiter,  
Dienstboten und Gewerbegehilfen auch den Arbeit-  
geber und die Arbeitsstätte anzugeben.

Die Haushaltungsvorstände haben den Haus-  
besitzern oder deren Vertretern die erforderliche  
Auskunft über die zu ihrem Hausstande gehörigen  
Personen einschließlich der Unter- und Schlaf-  
stellenmieter zu erteilen.

Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen haben  
den Haushaltungsvorständen oder deren Vertretern  
die erforderliche Auskunft über ihren Arbeitgeber  
und ihre Arbeitsstätte zu erteilen.

Wer für die Zwecke seiner Haushaltung oder  
bei Ausübung seines Berufs oder Gewerbes andere  
Personen dauernd gegen Gehalt oder Lohn be-  
schäftigt, ist verpflichtet, über dies Einkommen, so-  
fern es den Betrag von jährlich 3000 Mark nicht  
übersteigt, dem Gemeinde- (Guts-) vorstande seiner  
gewerblichen Niederlassung oder in Ermangelung  
einer solchen seines Wohnsitzes auf Verlangen  
binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen  
Auskunft zu erteilen. Die Auskunftspflicht erstreckt  
sich auf folgende Angaben:

- Bezeichnung der zur Zeit der Anfrage be-  
schäftigten Personen nach Namen, Wohnort  
und Wohnung; eine Verpflichtung zur Angabe  
von Wohnort und Wohnung besteht jedoch  
nur, soweit diese dem Arbeitgeber bekannt sind;
- das Einkommen, welches die zu a bezeichneten  
Personen seit dem 1. Januar des Auskunftsjahres  
oder seit dem späteren Beginn ihrer  
Beschäftigung bis zum 30. September desselben  
Jahres tatsächlich an barem Lohn (Gehalt)  
und Naturalien aus dem Arbeits- oder Dienst-  
verhältnisse bezogen haben. Dem Arbeitgeber  
ist jedoch gestattet, statt dessen für diejenigen  
Personen, welche bei ihm schon in dem ganzen  
der Auskunftserteilung unmittelbar vorange-  
gangenen Kalenderjahre beschäftigt waren, das  
in diesem Jahre tatsächlich bezogene Einkommen  
anzugeben. Naturalbezüge, insbesondere freie  
Wohnung oder freie Station sind ohne Wert-  
angabe namhaft zu machen.

Diese Pflicht liegt auch den gesetzlichen Vertretern nichtphysischer Personen ob.

II. Die Abänderungen erstrecken sich hiernach auf folgende Punkte:

1. In Absatz 1 ist neu aufgenommen worden die Verpflichtung der Hausbesitzer, bei der Personenstandsaufnahme für Arbeiter, Diensthoten und Gewerbegehilfen auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte anzugeben.
2. Vermöge der Vorschrift in Absatz 2 haben die Haushaltungsvorstände den Hausbesitzern oder deren Vertretern auch hierüber (Nr. 1) die erforderliche Auskunft zu erteilen.
3. Insoweit die Arbeitnehmer nicht schon hiernach (Nr. 1 und 2) als Hausbesitzer oder als Haushaltungsvorstände zur Angabe verpflichtet sind, haben sie nach dem neu aufgenommenen Absatz 3 die erforderliche Auskunft über ihren Arbeitgeber und ihre Arbeitsstätte dem Haushaltungsvorstande oder seinem Vertreter zu geben.
4. Eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Auskunftserteilung über das Einkommen seiner Arbeitnehmer besteht künftig nach Absatz 4 des § 23 nur gegenüber dem Gemeinde- (Guts-) vorstande seiner (des Arbeitgebers) gewerblichen Niederlassung, oder in Ermangelung einer solchen, seines Wohnsitzes (Vergl. III. Nr. 11).
5. Am Schlusse des Absatzes 4 ist der Umfang der Auskunftspflicht der Arbeitgeber jetzt genau bestimmt. (Vergl. III Nr. 1—4).

III. Zur Ausführung der Vorschriften des § 23 wird in Ergänzung bzw. Abänderung der Verfügung vom 25. Juli 1906 — S. Nr. II 7629 — Nachstehendes bestimmt:

1. Wo die Ausnahme des Personenstandes durch Ausfüllung sogenannter Hauslisten erfolgt (Artikel 40 Absatz 6 der Ausführungsanweisung vom 25. Juli 1906), sind in diese vom nächsten Steuerjahr ab auch Spalten zur Angabe des Arbeitgebers und der Arbeitsstätte (vergl. oben II 1—3) aufzunehmen und die Angaben entsprechend zu vermerken. Die Gemeinde- (Guts-) vorstände werden durch gehörige Ausfüllung der Hauslisten, auf welche in geeigneter Weise hinzuwirken sein wird, in die Lage versetzt, ihrerseits, nach Arbeitsstätten geordnet, eine Liste derjenigen Arbeitnehmer aufzustellen, über deren Arbeitseinkommen für die Zwecke der Veranlagung eine Auskunft vom Arbeitgeber einzuholen notwendig erscheint. Dieses Verfahren bietet den Vorteil, daß es die Verarbeitung des eingehenden Materials wesentlich erleichtert, indem die Arbeitnehmer in die vom Gemeinde- (Guts-) vorstand aufzustellende Liste nach derselben Reihenfolge aufgenommen werden können, in welcher sie im Personenverzeichnis bzw. in der Staatssteuerliste erscheinen.

Zulässig ist es aber auch, von dem Arbeitgeber Nachweisungen einzufordern, in denen die Namen und, soweit sie dem Arbeitgeber bekannt sind, auch Wohnort und Wohnung der zur Zeit der Anfrage von ihm beschäftigten Personen, hinsichtlich der ihm nach § 23 Absatz 4 eine Auskunftspflichtung obliegt, von ihm zu bezeichnen sind. Die in dieser Beziehung durch die Fassung des bisherigen Gesetzes veranlaßten Zweifel sind durch die neue Vorschrift des Absatzes 4 zu a beseitigt.

Von der Befugnis, solche Nachweisungen einzufordern, wird aber in der Regel nur dann Gebrauch zu machen sein, wenn entweder die durch die Personenstandsaufnahme erlangten Nachrichten zur Feststellung der per-

sönlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen nicht ausreichen oder die Arbeitgeber selbst die Einreichung vollständiger Arbeiterverzeichnisse vorziehen oder dazu bereit sind.

2. Die Auskunftspflicht des Arbeitgebers erstreckt sich auf das Einkommen, welches der Arbeitnehmer seit dem 1. Januar des Auskunftsjahres oder seit dem späteren Beginn seiner Beschäftigung bis zum 30. September desselben Jahres tatsächlich an barem Lohn (Gehalt) und Naturalien aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnisse bezogen hat. Dem Arbeitgeber ist jedoch gestattet, statt dessen für diejenigen Personen, welche bei ihm schon in dem ganzen der Auskunftserteilung unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahre beschäftigt waren, das in diesem Jahre tatsächlich bezogene Einkommen anzugeben.
3. Eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Auskunftserteilung besteht nur insoweit, als das von dem Arbeiter bezogene Einkommen ihm im einzelnen bekannt sein muß. Uebernimmt beispielsweise eine Mehrheit von Arbeitern gegen einen Gesamtpreis die Ausführung einer Arbeit, ohne daß der Arbeitgeber überhaupt erfährt, wie dieser Gesamtpreis unter die einzelnen Arbeiter verteilt wird, so kann von ihm nur eine Auskunft über die Gesamtlöhner der beteiligten Arbeiter, nicht aber eine solche über das daraus herrührende Einkommen des einzelnen Arbeiters verlangt werden.
4. Naturalbezüge, insbesondere freie Wohnung oder freie Station sind ohne Wertangabe namhaft zu machen. Eine Schätzung des Wertes solcher Bezüge darf demnach von dem Arbeitgeber in keinem Falle gefordert werden.
5. Unberührt bleiben die Vorschriften in § 9 Nr. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes. Auch in dem Falle, wenn der Arbeitgeber gemäß § 23 Absatz 4b (vergl. II Nr. 2) von der Befugnis Gebrauch macht, das Einkommen nach dem Ergebnis des weiter zurückliegenden Jahres zu beziffern, bewendet es bei den bezeichneten Vorschriften des § 9 für die Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens; in diesem Falle ist die erteilte Auskunft lediglich als Anhalt für die Schätzung des steuerpflichtigen Einkommens zu benutzen.
6. In keinem Falle darf außer Acht gelassen werden, daß behufs Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens von dem durch die Auskunft des Arbeitgebers ermittelten Brutto-Einkommen die gesetzlichen Abzüge gemacht werden müssen. Demnach sind nicht nur die bei allen Arbeitnehmern vorkommenden Abzüge, insbesondere Beiträge zu Kranken-, Invaliden- usw. Kassen, soweit sie bei der Veranlagung bekannt sind, in Gemäßheit der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts die von dem einzelnen Arbeiter, aber von der betreffenden Arbeiterkategorie zu leistenden und aus dem Lohne zu bestrittenden Ausgaben zur Beschaffung von Werkzeugen oder Rohmaterialien, Fahrten zur Arbeitsstätte und dergleichen, sowie auch angemessene Absetzungen auf Abnutzung des von den Arbeitern etwa herzuhaltenden Werkzeuges oder der Arbeitskleidung zu berücksichtigen.
7. Von der Einforderung von Auskünften der Arbeitgeber ist wie bisher (vergl. Nr. 5 der Verfügung vom 25. Juli 1906 II. 7629) nur insoweit Gebrauch zu machen, als solche für die Zwecke einer sachgemäßen Veranlagung erforderlich ist. Insbesondere ist auch eine alljährliche Wiederholung der Befragung der Arbeitgeber entbehrlich, sofern die Auskunft für ein früheres

Jahr zur Herbeiführung einer zutreffenden Veranlagung auch für das in Betracht kommende Steuerjahr ausreichenden Anhalt gewährt. In soweit jedoch ohne Mitwirkung des Arbeitgebers die richtige Erfassung des steuerpflichtigen Einkommens in Frage gestellt ist, darf der Gemeinde- (Guts-) vorstand nicht verabsäumen, von seiner Befugnis aus § 23 des Gesetzes entsprechenden Gebrauch zu machen. Zu den Aufgaben des Vorsitzenden der Veranlagungskommission gehört es, sein Augenmerk darauf zu richten, daß die Anwendung dieses wichtigen Mittels zur Herbeiführung einer gleichmäßigen und richtigen Veranlagung in den geeigneten Fällen nicht unterbleibt.

8. Die Anfragen haben in möglichst entgegenkommender und einfacher Form zu erfolgen, und bei der Ertheilung der Auskunft sind den Arbeitgebern alle mit der Erreichung des erstrebten Zweckes irgend vereinbaren Erleichterungen zu gewähren. Mit den Inhabern größerer Betriebe werden auch künftig zweckmäßiger Weise Vereinbarungen über Zeit und Form der Auskunftserteilung getroffen werden können. Zur wesentlichen Vereinfachung des Verfahrens wird es voraussichtlich beitragen, wenn, wie schon bisher vereinzelt, namentlich in Bergwerksbetrieben geschehen ist, für jeden Arbeiter eine fortlaufend geführte Lohnkarte angelegt wird. Diese Karten können alljährlich im Original der Gemeindebehörde zur Einsichtnahme vorgelegt und auf diese Weise beträchtliche, in verhältnismäßig kurzer Zeit zu leistende Schreibarbeiten erspart werden. Ebenso können nach Maßgabe dieserhalb zu treffender Vereinbarung auch die in anderer Weise geführten Lohnlisten von den Arbeitgebern der Gemeindebehörde in Urschrift behufs Entnahme der erforderlichen Nachrichten überlassen werden. Es empfiehlt sich, Einrichtungen der angedeuteten Art, die im eigenen Interesse der Arbeitgeber liegen, bei ihnen in geeigneter Weise anzuregen.
9. Die für die Befragung nach § 23 zu benutzenden

Formulare sind sobald als möglich festzustellen und bekannt zu geben, damit sich die Arbeitgeber rechtzeitig mit dem Inhalt derselben vertraut machen können.

10. Die Fristen für die Beantwortung der gestellten Fragen müssen in verständiger Weise und unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Falles gestellt werden. Die gesetzliche Mindestfrist von zwei Wochen wird im allgemeinen nur für Betriebe geringeren Umfangs und für Anfragen, welche eine kleinere Zahl von Arbeitnehmern betreffen, ausreichend erscheinen. Für Arbeitgeber, denen die Beantwortung von Fragen für eine größere Anzahl von Arbeitern obliegt, werden die Fristen geräumiger zu bemessen sein.
11. Der Gemeinde- (Guts-) vorstand der gewerblichen Niederlassung des Arbeitgebers hat die bei ihm eingehenden Nachrichten, welche das Einkommen von Arbeitnehmern betreffen, die in anderen Gemeinden ihren Wohnsitz haben und veranlagt werden, dem Gemeinde- (Guts-) vorstande der Wohnsitzgemeinde von Amtswegen weiterzugeben. In soweit dem Gemeinde- (Guts-) vorstande der Wohnsitzgemeinde des Arbeiters über den Umfang der ihm hiernach zugehenden Nachrichten hinaus die Befragung von Arbeitgebern gemäß § 23 erforderlich erscheint, hat er sich dieserhalb ersuchend an den Gemeinde- (Guts-) vorstand der gewerblichen Niederlassung des Arbeitgebers zu wenden.

Dels, den 16. September 1907.

Vorstehendes bringe ich den Magistraten und Ortsbehörden des Kreises zur Kenntniß.

Zweck Herbeiführung einer gleichmäßigen und richtigen Veranlagung ist in geeigneten Fällen Auskunft von den Arbeitgebern zu erfordern und dabei eventuell die Vermittelung der Ortsbehörden der gewerblichen Niederlassung des Arbeitgebers in Anspruch zu nehmen. Ziffer III Nr. 7 und 11.

Der Vorsitzende

der Einkommensteuer-Veranlagungskommission.

## Der Königl. Landrath.

Graf Kospoth.

### B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Schwundnig, den 14. September 1907.

Bei einem Schweine des Knechts Dubielzed Dom. Schilderwisch ist Rothlauf amtlich festgestellt und die Stallperre angeordnet worden.

Der Amtsvorsteher  
Zimmer.

Klein-Peterwitz, den 14. September 1907.

Nachdem unter dem Schweinebestande des Bauergutsbesitzers August Fritsch die Rothlaufseuche erloschen ist, wird die Stallperre hiermit aufgehoben.

Der Amtsvorsteher.  
Pietrusch.

### Kirchliche Nachrichten.

Am 17. Sonntag nach Trinitatis\*).

Gottesdienste in der ev. Propstkirche zu Dels.  
Frühgottesdienst 7 Uhr: Herr Pastor Wiemer.  
Hauptgottesdienst mit Beichte und Abendmahl 9 Uhr: Herr Pastor Schmidt.  
Vormittags 11 Uhr von Studnischke Stiftspredigt: Herr Pastor Schmidt.

In der St. Salvatorkirche.

Vormittags 9 Uhr: Herr Hosprediger Röhler.  
Wochengottesdienst in der Propstkirche.  
Donnerstag, den 26. September Gottesdienst mit Beichte und Abendmahl früh 9 Uhr: Herr Pastor Röhler.

\*) Kollekte für den Neubau der Diakonissen-Krankenanstalt in Posen.

### Ein Arbeiter,

auch verheiratet, zum 1. Oktober cr. als Haushälter gesucht.

P. O. Castner, Bernstadt.

Ein intelligenter, fleißiger u. kräftiger

### junger Mann,

nicht unter 17 Jahren, für saubere, leichte und dauernde Arbeit bei gutem Lohn gesucht. Reservist bevorzugt. Adressen in der Expedition der „Solomotive“ niederzulegen.

### Marktpreise in der Stadt Dels

am Sonnabend, den 14. September 1907.

Weizen, gelb . . . . .	22/80	22/30	21/70
Roggen . . . . .	19/50	18/60	17/80
Gerste . . . . .	16/50	15/80	15/—
Hafer . . . . .	16/60	16/10	15/60
Kicherbsen, gelb . . . . .	23/—	—	21/—
Speisebohnen, weiße . . . . .	27/—	—	25/—
Linzen . . . . .	70/—	—	60/—
Erlartoffeln . . . . .	4/—	—	3/50
Richtstroh . . . . .	5/25	—	5/—
Krummstroh . . . . .	—	—	—
Heu . . . . .	7/—	—	6/50
Esbutter (1 Kilo) . . . . .	2/60	—	2/40
Eier (1 Schoß) . . . . .	3/60	—	3/20

